

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Staatssekretär [PStS Dr. Thomas Sattelberger, BMBF]

Sehr geehrter General Breuer,

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

zu Beginn möchte ich mich ganz herzlich bei Ihnen, Hr. Proll, für die Einladung bedanken. Mit dem Thema des Kongresses „Pandemie, Hochwasser, Energie: Die Krise als Dauerzustand?!“ sind natürlich die gegenwärtig zentralen Herausforderungen für das Bevölkerungsschutzsystem in Deutschland benannt. Diese Herausforderungen haben die drängende Frage aufgeworfen, wie wir das Bevölkerungsschutzsystem in Deutschland zukünftig aufstellen wollen oder vielmehr müssen, um basierend auf dem, was sich in der Vergangenheit bewährt hat, Antworten auf neue oder zumindest andersgelagerte Aspekte und Aufgaben im Bevölkerungsschutz zu finden. Wie bedeutsam das für unser Land ist, können Sie allein der Tatsache entnehmen, dass die neue Bundesregierung sich im Koalitionsvertrag des Themas prominent angenommen hat. Ich darf zitieren:

„Der Bund muss mehr Verantwortung für den Bevölkerungsschutz übernehmen. Daher richten wir das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BBK) neu aus, entwickeln es unter Berücksichtigung der föderalen Kompetenzverteilung zur Zentralstelle weiter und stellen es entsprechend personell und materiell auf.“

Lassen Sie mich kurz mit einigen grundsätzlichen Schlussfolgerungen aus den Krisen der vergangenen Jahre beginnen:

Wir müssen lernen, dass es nicht reicht, aus vergangenen Krisenlagen für die Zukunft zu lernen. Das war bisher eine geübte Vorgehensweise. Wir haben immer versucht zu optimieren, was bei der letzten Krise nicht optimal gelaufen

Es gilt das gesprochene Wort!

ist (z.B. Hochwasser Oder/Elbe, oder aktuell die „Lessons Learned“ aus der COVID-19-Pandemie).

Das ist zwar richtig und wichtig. Aber wir müssen uns auch darauf vorbereiten, von Krisen und Katastrophen überrascht zu werden. Das Katastrophenschutzsystem von heute muss stärker **Krisen von nationaler Tragweite** in den Blick nehmen. Die COVID-19-Pandemie hat uns schmerzlich vor Augen geführt, dass unsere übergreifenden **Krisenmanagement-Strukturen verbesserungswürdig** sind. Ich könnte auch die Flüchtlingskrise oder das Hochwasser nennen.

Denn: Die **Daseinsvorsorge** hat als **staatliche, zumeist kommunale Aufgabe** eine **bedeutende Rolle**, um die Grundbedürfnisse der Menschen in zumeist sehr investitionsintensiven Bereichen dauerhaft sicherzustellen. **Mit der Daseinsvorsorge eng verzahnt ist die Gefahrenabwehr, die im Alltag bestens funktioniert.** Das System ist eingespielt und im Notfall sind binnen weniger Minuten hochqualifizierte Rettungsdienste, Feuerwehren oder die Polizei zur Stelle.

Doch was ist mit Krisenlagen, die nicht alltäglich sind und die übergreifenden Koordinierungsbedarf deutlich machen? Wie das Hochwasser vergangenen Sommer? Oder Naturereignissen wie Erdbeben, lang andauernden Hitzewellen, Pandemien aufgrund möglicherweise noch gefährlicherer Viren als SARS CoV-2? Oder mit bewusst herbeigeführten Lagen (z.B. MANV, Blackout) nach Terroranschlägen, Cyber-Attacken oder gar kriegerischen Angriffen?

Sind die Kommunen bzw. der Staat als Gesamteinstitution heute in der Lage, solche Ereignisse zu bewältigen und die erwartete Daseinsvorsorge zu erbringen?

Wir sind uns einig: Es muss von vor Ort geführt werden. Aber auf welche **übergeordneten Koordinierungs- und Unterstützungsebenen** können z.B.

Es gilt das gesprochene Wort!

Landrätinnen und Landräte zurückgreifen? Dass solche notwendig sind, zeigt aktuell das Wirken des Corona-Krisenstabes im Bundeskanzleramt, in den das BBK zum Thema KRITIS intensiv eingebunden ist. Was wäre, wenn wir für alle Krisen und über alle Ebenen hinweg – von der kommunalen über die Länder bis hin zum Bund – eine abgestimmte Krisenmanagement-Struktur mit einem durchgängigen Führungssystem hätten, das die Krisenstäbe je nach Lage miteinander verzahnen würde. Ich bin der Meinung, das hilft nicht nur in der COVID-19-Pandemie, sondern hätte auch in der Bewältigung des Hochwassers im Ahrtal und in NRW geholfen.

Lassen Sie mich, bevor ich auf die Neuausrichtung eingehe, zum wesentlichen systemübergreifenden Handlungsbedarf noch einmal Revue kapitulieren:

1. Die strikte **schematische Trennung** zwischen **Zivil- und Katastrophenschutz** ist **nicht mehr zeitgemäß**. Alle Akteure im Bevölkerungsschutz in Bund und Ländern sollten anhand eines ursachenunabhängigeren Krisenbegriffs Krisen von nationaler Tragweite stärker in den Blick nehmen.
2. Nach dem **Prinzip „regional führen – zentral koordinieren“** muss die Verantwortung für die Führung in der Krise weiterhin in den Kommunen (Landkreisen / kreisfreien Städten) liegen. Aber im Sinne des gesamtstaatlichen Systems müssen auf den übergeordneten Ebenen verbindliche Unterstützungsstrukturen aufgebaut werden.
3. Bevölkerungsschutz ist in der Praxis eine Gemeinschaftsaufgabe. Wir brauchen ein **durchgängiges System**, das die gemeinschaftliche Wahrnehmung des **Risiko- und Krisenmanagements** von der **kommunalen Ebene über die Länder bis zum Bund** auch wirklich ermöglicht, mit einer Vernetzung von **Krisenstäben** über alle Ebenen hinweg, einem übergreifenden **Lagebild** und gemeinsamen **Warnstrukturen**. Der Corona-Krisenstab im Bundeskanzleramt ist hierfür ein gutes Beispiel, da er alle Akteure an einen Tisch bringt.

Es gilt das gesprochene Wort!

[Neuausrichtung]

U.a. deshalb hatte der vorherige Bundesinnenminister mir bereits im November 2020 den Auftrag erteilt, ein Konzept zur **Stärkung des Bevölkerungsschutzes durch Neuausrichtung des BBK** vorzulegen, das wir schon im März letzten Jahres gemeinsam vorstellen konnten und welches nun – wie eingangs zitiert – seinen Niederschlag im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung nicht zuletzt unter dem Stichwort **Zentralstelle** gefunden hat.

[GeKoB]

Dazu gehört insbesondere auch das von Bund und Ländern getragene **Gemeinsame Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz beim BBK** – kurz GeKoB.

Welche Idee steckt dahinter?

- Das GeKoB versteht sich als Informations- und Kooperationsplattform aller Akteure im Bevölkerungsschutz, d.h. von Bund, Ländern, der kommunalen Ebene und den Hilfsorganisationen. Es ist insoweit auch kein **Bundeskompetenzzentrum**, es ist zwar **beim BBK** als Gastgeber angesiedelt, wird aber von **Bund und Ländern gleichberechtigt** getragen, unter Mitwirkung der fünf Hilfsorganisationen. Mit dem GeKoB ist – wie mit der gesamten Neuausrichtung des BBK - **keine** Kompetenzverschiebung, kein Eingriff in die föderale Zuständigkeitsordnung im Zivil- und Katastrophenschutz verbunden.
- Ziel ist die verbesserte Zusammenarbeit im **Alltag** und in **Krisen** für ein optimiertes Informations- und Ressourcenmanagement des Bundes und der Länder, auf Grundlage eines ebenen- und fachübergreifenden Lagebilds, und zwar in Vorbereitung auf Krisen mit **verbesselter Prävention**, in Krisen für **bessere Bewältigung** und insbesondere auch in der Evaluierung als Instrument zur **Vorbereitung** auf künftige Krisen.

Es gilt das gesprochene Wort!

- Das GeKoB kann Krisenstäbe als **Dienstleister und Arbeitsmuskel** koordiniert unterstützen, wie das BBK es in Zusammenarbeit mit den Ländern aktuell im Bereich KRITIS im Corona-Krisenstab schon leistet. Das Team zur Datenvisualisierung im BBK (DaVis), auch **Geokompetenzteam** genannt, lieferte z.B. dem gemeinsamen Krisenstab des Bundesinnen- und Bundesgesundheitsministeriums in der Corona-Pandemie **interaktive Karten** zur besseren Lageübersicht. **Über das Gemeinsame Melde- und Lagezentrum von Bund und Ländern (GMLZ)** beim BBK werden bei länderübergreifenden Hilfeersuchen Engpassressourcen vermittelt. An Rheinland Pfalz (RP) und Nordrhein-Westfalen (NRW) wurden zur Bewältigung der Hochwasserkatastrophe z.B. **Hubschrauber** zur Personenrettung, Einheiten zur Einrichtung von **Trinkwasserabgabestellen, Feldbetten, Katastrophenschutzeinheiten** der Feuerwehren, Betreuungs- und Sanitätsdienste, Kräfte der **Psychosozialen Notfallversorgung** sowie **Analytische Task Forces** zur Gefahrstoffdetektion, **Spürhunde, Taucher** sowie **Kulturgutschutz-Fähigkeiten** vermittelt.

[Warnung]

Eine weitere Erkenntnis aus der Hochwasserlage im letzten Sommer ist, dass der Fokus unserer Neuausrichtung auf dem gesamten **Thema Warnung der Bevölkerung** richtig ist. Die Bevölkerung muss sich auf zuverlässige Warnung in Krisen und Gefahrensituationen verlassen können. Das BBK baut daher den Warnmittelmix aus digitalen und analogen Warnmedien weiter aus, erarbeitet gemeinsam mit den Ländern eine Übersicht der vorhandenen Warnmittel und setzt sich für bund-länderübergreifend einheitliche Warnstrukturen ein

- Wir haben ja schon im März letzten Jahres verstärkte Investitionen in Sirenen und den Einstieg in Cell Broadcast vorgeschlagen. Das **Sirenenförderprogramm** ist 2021 sehr gut angelaufen. Der Bund unterstützt die Länder und Kommunen mit knapp 90 Mio. EUR beim Ausbau ihres

Es gilt das gesprochene Wort!

Sirenennetzes. Alle Bundesländer bis auf eines haben die Verwaltungsvereinbarung unterschrieben. Schon jetzt ist aber klar, dass die 90 Millionen Euro für die Einführung eines flächendeckenden, modernen Sirenennetzes nicht reichen werden. Die Einführung von **Cell Broadcast**, einem mobilfunkbasierten Warnmittel, wurde im September 2021 durch den Deutschen Bundestag beschlossen und gemeinsam mit den Netzbetreibern arbeiten wir unter Hochdruck an der Umsetzung, möglichst bis Ende dieses Jahres. Um eine bundesweite Übersicht über die existierenden Warnmittel zu erhalten, erstellen wir aktuell zudem in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe ein **bundesweites Warnkataster**.

[Qualifizierung]

Die jüngsten Krisen haben gezeigt, dass wir mehr und möglichst einheitliche Qualifizierung im Bevölkerungsschutz brauchen. Experten und Verantwortliche in Politik und Verwaltung sollten in der Krise auf einheitliche Handlungs- und Entscheidungsgrundlagen zurückgreifen können. Deshalb weitet das BBK sein **Angebot einheitlicher Aus- und Fortbildungen im staatlichen Krisenmanagement an der Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung (BABZ)** für alle Verwaltungsebenen aus.

Lassen Sie mich noch einmal zusammenfassen:

Das BBK tritt **nicht** in Konkurrenz mit anderen Akteuren des Bevölkerungsschutzes. Ziel des BBK ist die Vernetzung aller Akteure im Bevölkerungsschutz sowie die **gegenseitige Unterstützung**, damit wir auch weiterhin auf ein gut funktionierendes und stabiles Bevölkerungsschutzsystem bauen können, insbesondere vor dem Hintergrund zunehmender Krisenlagen auch nationalen Ausmaßes.

Erlauben Sie mir abschließend folgendes Plädoyer in Bezug auf die übergeordnete Frage des Kongresses, ob die Krise der neue Dauerzustand ist: Wenn es uns gelingt, ein durchgängiges, übergreifendes Krisenmanagement-

Es gilt das gesprochene Wort!

System aufzubauen, welches flexibel und skalierbar – je nach Art und Ausmaß der Bedrohungslage – **bei Bedarf ressort- und länderübergreifend auf eingespielte Verfahren zurückgreifen kann**, dann nehmen wir der Krise ein Stück weit das Außergewöhnliche und werden auch weniger von dem „Unerwarteten“ überrascht.

Dazu bauen wir mit dem nötigen Rückenwind der Ampel-Koalition – und hier blicken wir voller Hoffnung, zugleich aber auch ein wenig Sorge auf die Haushaltsverhandlungen 2022ff. – unsere Behörde zu der Zentralstelle im Bevölkerungsschutz aus und freuen uns darauf, die bisherige, bereits gute Zusammenarbeit mit all unseren Partnern kontinuierlich weiterzuentwickeln und zu verbessern.

In diesem Sinne bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit!